

Fluglärm: Wichtig oder nicht auszuhalten?

Fluglärm ist in der Region ein Thema, das bewegt – und spaltet. Während es den einen gelingt, ihn zu ignorieren, sind andere sehr genervt, fühlen sich gesundheitlich beeinträchtigt. Wie diametral, ja feindselig sich die beiden Lager gegenüberstehen, zeigt die Diskussion in den sozialen Medien um die Übungsflüge der Bundeswehr vergangene Woche. Dabei sind Überschallknallgeräusche nicht das eigentliche Problem.

VON GABRIELE SCHÖFER

Wumm! Ein dumpfer Donner rollt übers Land, lässt Scheiben klirren, Gebäude erzittern. Kinder und Tiere schrecken auf, reagieren ängstlich, auch Erwachsene lässt der plötzliche laute Knall aus dem Nichts zusammenzucken.

Doch wer in unserer Region aufgewachsen und jenseits der 40 ist, weiß von Kindesbeinen an: Das war keine Explosion, das war (nur) ein Überschallknall. Diese ohrenbetäubenden Geräusche gab es früher oft, denn bis 1994 waren auf der Air Base Ramstein noch Kampfflugzeuge stationiert. F16 – bekannt aus Filmen wie „Top Gun“ mit Tom Cruise – und andere Flugzeugtypen donnerten damals fast täglich über die Region und ließen beim Durchbrechen der Schallmauer die Fensterscheiben erbeben.

Viel Lärm um Nichts?

An die unbestritten weit heftigere Geräuschkulisse von damals erinnern in Diskussionen meist all jene, die den heutigen Fluglärm im Vergleich dazu als nichtig empfinden – und jede Kritik und gar (politische) Initiative zur Reduzierung des Krachs in oft scharfen Worten als unnötiges, ja riskantes Theater einiger überempfindlicher Zugezogener brandmarken. Könnte es doch als anti-amerikanisch interpretiert werden – mit negativen wirtschaftlichen Folgen, so die unterschwellige Angst. „Zieht doch weg, wenn es euch nicht passt“, wird Fluglärmkritikern in so manchem Facebook-Kommentar entgegengeschleudert. Das „bisschen Fluglärm“ ist eben der Preis, den die Region für die große wirtschaftliche Bedeutung der US-Präsenz zahlen muss, lautet meist die Argumentation.

Dass Menschen den Lärm am Himmel ganz unterschiedlich belastend wahrnehmen, weiß auch Marno Molter. „Meiner Frau macht das gar nicht viel aus, mir hingegen schon. Und wie!“, berichtet der Mackenbacher, der sich nach eigener Aussage häufig beim Luftfahrt-Bundesamt darüber beschwert. Es sind aber weniger die Überschallknallgeräusche, wie sie vergangene Woche mehrfach zu hören waren, die ihn massiv stören: „Klar ist das laut. Und man erschrickt in dem Moment. Aber dann ist es ja auch schon wieder vorbei“, sagt 45-Jährige.

„Platzrunden nerven“

Als viel störender empfindet er die so genannten Platzrunden der Propellermaschinen: Rundflüge der Amerikaner, die diese zu Trainingszwecken in niedriger Höhe über den Gemeinden im Umfeld der Air Base absolvieren. „Die nerven mich besonders. Die sind das eigentliche Problem“, findet Molter. Mal allein, mal zu dritt, zu viert fliegen die Maschinen teils im Fünf-Minuten-Takt und teils in einer Höhe von unter 500 Metern über sein Wohnhaus. Diese Trainingseinheiten fänden auch derzeit mehrfach die Woche statt und dauerten in der Regel zwei bis drei Stunden, berichtet er. „Wenn die drüber fliegen, dröhnt das ganze Haus – und das alle fünf Minuten“, schildert er die Situation, die er als „unheimlich störend“ empfindet.



Gerade bei schönem Wetter gehören Kampfflugzeuge auf Übungsflug in der Region zum gewohnten Bild am Himmel. Überschallknalle wie in der vergangenen Woche waren aber früher viel häufiger. FOTO: VIEW



Propellermaschine über Mackenbach: Die regelmäßigen Platzrunden nerven viele Anwohner in den Gemeinden rund um die Air Base. FOTO: MOLTER/FREI

„Diese Übungsflüge über unseren Wohngebieten kann ich einfach nicht akzeptieren!“ Hinzu komme – derzeit hauptsächlich morgens, aber auch spät nachts – der Bodenlärm, der vom Flugplatz herüberschalle, sieht er insgesamt durch die militärischen Belastungen einen „enormen negativen Einfluss auf die Lebensqualität“ der Bewohner von Mackenbach und umliegender Gemeinden. Diesen könne auch der oft ins Feld geführte wichtige Wirtschaftsfaktor „Air Base“ bei Weitem nicht kompensieren, sagt Marno Molter, der selbst an Amerika-

ner vermietet, aber lieber auf diese Einnahmen verzichten würde, wenn die Region dafür ruhiger wäre, wie er sagt.

Kritik in allen Parteien

Während das Thema Fluglärm früher oft klein geredet wurde, nimmt die örtliche Politik die Klagen aus der Bevölkerung inzwischen ernst: In der Diskussion ist vor allem die militärische Mehrfachbelastung der Region, die von Politikern unterschiedlicher Couleur kritisch betrachtet wird. Mit

breiter Mehrheit hat der Lauterer Kreistag beispielsweise Ende 2017 die Forderung von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt, die Region von zwei der drei militärischen Lärmquellen zu befreien: Da an der Air Base Ramstein nicht gerüttelt werden sollte, forderten die Grünen, dass die Luftkampfführungszone TRA Lauter und die Polygone-Station bei Bann in eine weniger belastete Region verlegt werden sollten; beide Zonen dienen Kampfjet-Piloten verschiedener Nationen zur Übung von Luftkämpfen.

Zu viele Belastungen

Der Vorstoß blieb zwar ohne Erfolg, da das Bundesverteidigungsministerium in Berlin der Forderung 2018 eine klare Absage erteilte. Trotz aller Ärgers haben die Kreistagsmitglieder damals aber nicht resigniert, sondern versprochen „am Ball zu bleiben“, wie FWG-Mann Uwe Unnold es formulierte. Seither ist die Kritik an der Dreifachbelastung nie mehr ganz verstummt. Sie wurde vielmehr ergänzt durch Proteste des Landstuhler CDU-Bürgermeisters Peter Degenhardt, der sich gegen den Lärm trainierenden US-Hubschrauber ebenso vehement und hartnäckig zur Wehr setzt wie gegen den Krach, der vom Schießplatz Breitenwald ausgeht. Und auch Jochen Marwede – der grüne Initiator der Verlegungsforderung im Kreistag – hat nicht aufgegeben: „Unsere Resolution wurde ja damals mit einer sehr großen Mehrheit angenommen. Wir wollen diese Position gerne nochmal bekräftigen und das Thema wieder aufnehmen“, teilt er am Montag auf RHEINPFALZ-Anfrage mit.

SPD stellt Anfragen

Auch für den SPD-Landtagsabgeordneten Daniel Schäffner ist der Fluglärm schon seit Jahren ein Thema. Was die Überschallknalle der Bundeswehr-Maschinen in der vergangenen Woche angeht, hätten seine Fraktionskollegen Alexander Schweitzer und Martin Haller „stellvertretend für uns alle“ eine Anfrage an die Landesregierung gestellt: Sie wollen unter anderem wissen, welche Schritte unternommen werden, um die Beeinträchtigungen durch den militärischen Flugbetrieb zu verringern, und ob Überschallflüge über der Pfalz zulässig sind. „Ich hoffe, dass der Einsatz unseres Fraktionsvorstandes, der in Abstimmung mit mir erfolgt ist, da in meinem Wahlkreis ja zusätzlich noch der Flug- und Bodenlärm der Air Base hinzukommt, erfolgreich sein wird“, sagt Schäffner, der auch Ortsbürgermeister von Mackenbach ist. Gerade die Überschallknalle der vergangenen Woche hätten gezeigt, dass die Bevölkerung hier schon „sichtlich genervt“ war, findet er. „Auch wenn andere sagen, früher sei das ja noch viel schlimmer gewesen, können wir es trotzdem nicht darauf beruhen lassen, denn es hat eben jeder ein subjektives Empfinden.“

Was den Übungskorridor der TRA-Lauter und Polygone betreffe, wende sich die SPD im Landtag „immer wieder an das Bundesverteidigungsministerium, mit der Bitte, hier Abhilfe zu schaffen, damit die Belastungen für die Bevölkerung nachhaltig redu-

ziert werden können“. Berlin weise seinerseits darauf hin, dass es bereits Entlastungen gegeben habe: etwa durch Reduzierung der Übungsflugstunden sowie freiwillige Einstellung des Übungsflugbetriebs nach 18 Uhr. „Da ich aber immer wieder von Bürgern Beschwerden erhalte, komme ich zu dem Ergebnis, dass die Maßnahmen hier nicht ausreichend sind. Sicher auch, weil wir ja durch die Air Base die zusätzliche Belastung haben“, so Schäffner. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) habe unmittelbar nach ihrem Amtsantritt im Sommer 2019 erklärt, eine Lösung für den Fluglärm in der Pfalz und im nördlichen Saarland zu suchen: „Diese Lösung sollte dann auch einmal von ihr erörtert werden“, fordert Schäffner.

„AKK“ soll helfen

Wegen der Überschallknalle direkt an „AKK“ gewandt hat sich Schäffners CDU-Landtagskollege Marcus Klein: Belastungen durch militärischen Übungsbetrieb gehörten in der Region zum Alltag, seien als Notwendigkeit der Landes- und Bündnisverteidigung bekannt und die Akzeptanz dafür sei „allgemein sehr groß“, schickt Klein in dem Schreiben vorweg und fügt an: „Um so größer ist die Verärgerung über die gehäuften Lärmereignisse der letzten Tage. Obwohl ich in Ramstein aufgewachsen bin, waren die Überschallknalle der letzten Tage selbst für mich als Ohrenzeuge eine neue Erfahrung, die ich nicht gebraucht hätte.“

Der heute mit seiner Familie in Steinwenden wohnende Christdemokrat bittet die saarländische Parteifreundin an der Spitze des Verteidigungsministeriums um ihre Unterstützung: „Gerade in unserer, durch militärischen Betrieb besonders geforderten Region erwartet die Bevölkerung zu Recht, dass zusätzliche Belastungen nach Möglichkeit unterbleiben. Die Lärmereignisse der letzten Tage stellen eine solche zusätzliche, aus meiner Sicht vermeidbare Belastung dar. Ich bitte Sie daher, bei den zuständigen Dienst- und Kommandostellen um eine hohe Sensibilität im Umgang mit diesem Thema zu werben. Grundsätzlich ist nach meiner Auffassung zu prüfen, ob solche Übungen mit außergewöhnlichen Lärmereignissen überhaupt über bewohntem Gebiet stattfinden müssen.“

Molter will bleiben

Dass sich die Politik über Parteigrenzen hinweg des Themas annimmt, freut Marno Molter. Der Mackenbacher hofft, dass sich irgendwann etwas ändert. Nicht zuletzt auch wegen der Umwelt: „Wenn so eine Propellermaschine mehr als 40-mal am Tag über das Haus fliegt, werden da eine Menge Abgase emittiert, die dann auf uns herunterrieseln.“

Wegziehen – wie ihm vielleicht einige Kritiker raten würden – kommt für ihn dennoch nicht in Frage: „Ich bin in Mackenbach aufgewachsen, meine drei Kinder wachsen hier auf; mein Vater, Großvater und deren Vorfahren lebten hier. Und das lange, bevor es die Air Base gab. Wegziehen? Das sehe ich nicht ein.“

KREIS KOMPAKT

Kaiserstraße und Wertstoffhof offen

KINDSBACH. Die Vollsperrung der L395 zwischen Kaiserslautern-Einsiedlerhof und Kindsbach wird am Freitagabend wieder aufgehoben. Das teilt der Landesbetrieb Mobilität (LBM) in Kaiserslautern mit. Die Kaiserstraße war für den Neubau eines Rad- und Gehwegs sowie für Querungshilfen seit Wochen gesperrt. Die Arbeiten an den Mulden und der Entwässerung am Ortseingang aus Richtung Einsiedlerhof sind noch nicht abgeschlossen und werden bis kommenden Mittwoch, 20. Mai, beendet. Dafür muss die Straße jeweils zwischen 8 und 16 Uhr abschnittsweise halbseitig gesperrt und der Verkehr per Appell geregelt werden, so der LBM. Das Kindsbacher Gewerbegebiet ist wieder aus beiden Richtungen erreichbar. Damit steht endgültig fest, dass der dortige Wertstoffhof des Landkreises am kommenden Montag, 18. Mai, nach mehrwöchiger Schließung um 13 Uhr wieder seine Türen öffnet, teilt Michael Mersinger, Fachbereichsleiter Abfall- und Wasserwirtschaft bei der Kreisverwaltung, am Donnerstag auf RHEINPFALZ-Anfrage mit. Wie schon im großen Wertstoffhof der ZAK im Kapitalteil seien auch in Kindsbach bis auf Weiteres nur Anlieferungen nach vorheriger Anmeldung möglich. Dafür können Termine mit einem Zeitfenster von zwei Stunden online unter wsh.zak-kl.de und telefonisch 0631/3417-0 vereinbart werden. Pro Monat ist nur ein Anliefertermin möglich. Obwohl der Kindsbacher Wertstoffhof seine Öffnungszeiten erweitert hat und nun montags, dienstags, mittwochs und freitags jeweils von 13 bis 17 Uhr sowie samstags von 9 bis 13 Uhr angefahren werden kann, sind in der kommenden und der darauf folgenden Woche schon viele Tage ausgebucht. |oef

Polizei warnt vor

dubiosen Haustürgeschäften

SEMBACH. Ein Unbekannter hat am Mittwoch in der Hauptstraße einer Anwohnerin angeboten, ihre Hausfassade zu reinigen. Weil der Mann aufdringlich wurde, informierte die Frau die Polizei. Sie witterte Betrug, zumal am Vortag bereits ein anderer Mann mit dem gleichen Angebot aufwartete. Der Unbekannte am Mittwoch fuhr einen weißen BMW mit französischem Kennzeichen. Ob die Männer mit einer Betrugsmaschine hausieren gingen, ist nicht bekannt. Eine Suche nach dem BMW verlief erfolglos. Die Polizei warnt aus diesem Anlass: Vorsicht bei Haustürgeschäften! Fremde Personen sollten nicht in die Wohnung gelassen werden, an der Haustür nichts gekauft oder unterschrieben werden. Die angebotenen Gegenstände – zum Beispiel Teppiche, Besteck, Schmuck – oder Handwerkerleistungen sind laut Polizei meist nur geringwertig oder gar wertlos. Weitere Informationen zu dubiosen Haustürgeschäften sind im Internet auf www.polizei-beratung.de zu finden. |rhp

Land schießt 609.000 Euro für

vier kommunale Projekte zu KAISERSLAUTERN.

Insgesamt 609.000 Euro Landesmittel fließen in vier kommunale Projekte im westlichen Landkreis Kaiserslautern. Die Bewilligungsbescheide für die Gewährung der Gelder aus dem Investitionsstock 2020 wurden den Gemeinden zugestellt, teilt SPD-Landtagsabgeordneter Daniel Schäffner mit. Die Mittel entfallen auf die Haushaltsjahre 2020 bis 2022. Mit 375.000 Euro wird in der Ortsgemeinde Trippstadt der zweite Bauabschnitt des Umbaus des Bürger- und Gemeindezentrums gefördert. In der Ortsgemeinde Linden werden 125.000 Euro für den Ausbau des Geh- und Radwegs mit Brücke zwischen Haupt- und Gartenstraße vom Land gewährt. Eine bedarfsgerechte Umgestaltung des Dorfgemeinschaftshauses Martinshöhe wird mit 78.000 Euro bezuschusst. Mit den Mitteln soll ein Bürgermeisterbüro eingerichtet werden sowie ein barrierefreier Zugang und eine behindertengerechte Toilette. Auch in der Ortsgemeinde Schopp wird in der Mehrzweckhalle eine WC-Anlage mit rollstuhlgerechter Behinderten-Toilette errichtet. Diese Maßnahme wird mit 31.000 Euro vom Land unterstützt. „Diese Landesmittel sind für die Ortsgemeinden jedes Jahr von großer Bedeutung, denn sie sorgen dafür, dass die Dörfer lebenswert bleiben“, kommentiert Daniel Schäffner. |rhp

Reichswaldstraße teilweise gesperrt

RAMSTEIN-MIESENBACH. Wegen Anschlussarbeiten am Blockheizkraftwerk in Ramstein wird die Kurve in der Reichswald-/Schnauer Straße am Dienstag, 19. Mai, für den Verkehr voll gesperrt. Der Verkehr wird über die Umgehungsstraße L356 umgeleitet. |wju

Schon wieder zu früh

ENKENBACH-ELSENBORN: Bewuchs auf dem Kreisel in der Rosenhofstraße trotz anderslautender Ankündigung erneut vor der Blüte gemäht

VON GUNDULA ZILM

Zum Schutz der Artenvielfalt werden allerorten Blumenwiesen propagiert. Nachdem im vergangenen Jahr der Bewuchs auf dem Kreisel in der Rosenhofstraße vor der Blüte gemäht worden war, versprach die Gemeinde, dies nicht mehr zu tun. Doch die Anweisung ist offenbar versickert: Wieder fielen die Gräser den Sensen zum Opfer.

Warum mäht man Blumen vor der Blüte ab, fragte sich vor einem knappen Jahr eine Leserin – nachdem sie gesehen hatte, wie der Kreisel an der Umgehung vor dem Elefantenkreisel gemäht worden war.

Nicht der Landesbetrieb Mobilität (LBM), der sonst für derartige Verkehrsanlagen zuständig ist, sondern die Ortsgemeinde hat in diesem Fall die Federführung. Es sei zu früh gemäht worden, gestand Ortsbürgermeister Jürgen Wenzel (CDU) damals ein und ließ wissen, dass er den Bauhof angewiesen habe, im nächsten Jahr erst nach der Blüte die Maschinen hervorzuholen.

Daran erinnerte sich Christine

Braun-Schilling, Ratsmitglied der Grünen, als sie Ende April an dem Kreisel vorbeikam – und die Arbeiter beim Mähen dort sah. „Auch solche kleinen Flächen können ein wertvoller Rückzugsort für Tiere und Pflanzen sein“, betont sie deren Wichtigkeit für Artenschutz und im Kampf gegen das Insektensterben.

Ein Problem sei, dass es für Grünflächen keine klaren gesetzlichen Vorgaben gebe, sagt sie. „Im Bundesnaturschutzgesetz ist klar geregelt, dass Sträucher und Gehölze zwischen dem 1. März und 30. September nicht beschnitten werden dürfen.“ Dies diene nicht nur dem Schutz eventuell darin brütender Vögel, macht sie klar, sondern auch den Insekten, die darin Nahrung finden – und gleichzeitig Nahrung für Vögel sind.

Bäume hingegen dürften das ganze Jahr über gefällt werden. „Aber zu Wiesen und sogenanntem Verkehrsbegleitgrün schreibt das Gesetz nichts vor“, bedauert sie.

Ortsbürgermeister Wenzel meint, auf den Kreisel angesprochen: „Ich war selbst überrascht. Denn ich hatte damals angewiesen, dass nicht mehr vor der Blüte gemäht werden soll.“



Im vergangenen Jahr störte sich eine Leserin daran, dass auf dem Kreisel zu früh gemäht wurde. Nun passierte das selbe wieder – was selbst den Ortsbürgermeister überraschte. ARCHIVFOTO: KAFITZ/FREI

Diese Anweisung müsse wohl untergegangen sein, „vielleicht war auch ein neuer Mitarbeiter“ am Werk, mutmaßt er.

Allerdings geht er davon aus, dass

die Gräser wieder hochkommen werden, es sei ja noch recht früh gewesen. Im Gegensatz zum LBM, „der generell alle Kreisele mäht, wegen der Sichtlinie“, gehe die Ortsgemeinde umsich-

tiger vor. Denn selbst, wenn die Gräser auf die Fahrbahn ragen würden, „muss man schon sehr schnell unterwegs sein, dass die Sicht im Kreisel eingeschränkt ist“.